Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M. monatlich 1 M.
Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M. monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M. monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692 Nr. 14693 Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., Finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 322. **Mittwoch** 20. November 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Kaiserin hat sich gestern, vom niederländischen Volke lebhaft begrüßt, nach Schloß Loo begeben. (S. Bericht.)

* Der Kronprinz traf in Bad Kreuth ein. Er wurde vom Herzog und der Herzogin Karl Theodor, der Prinzessin Rupprecht und dem Fürsten von Monaco empfangen.

* Der König von Sachsen hat dem bisherigen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Tschirschky und Bögendorff den Goldenen Stern zum Großkreuz des Albrechtsordens verliehen.

* Der Bundesrat hat das Reichsvereinsgesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen.

* Der Ausschuß der preußischen Apothekerkammer bezeichnet in einer Entschließung den Entwurf eines Reichs-Apothekengesetzes als zur Neuregelung des Apothekergewerbes ungeeignet.

* In Berlin fand ein sozialdemokratischer Frauentag statt. (S. Dtschs. R.)

Regierungsrat Martin und die Krisis der Gegenwart.

Theorie und Praxis haben schon manchen schroffen Gegensatz gezeitigt. Die althergebrachten Tischreden des Kommerzienrats Baare beim Dividendenmahl des Bochumer Gußstahlvereins finden ihren Widerhall in sämtlichen deutschen Börsensälen, und die wirtschaftlichen Expektorationen eines Direktors unserer Hochfinanz werden vom deutschen Kapitalisten förmlich memoriert. Den mitten in der Praxis stehenden Gewaltigen im Reich der Kohle und des Eisens, den Diktatoren auf dem Geldmarkt, pflegt man nun einmal von Haus aus ein gewichtiges Maß von Urteilsfähigkeit über die wirtschaftlichen Verhältnisse zuzumessen, wie man es dem Publizisten niemals konzedieren will, der von seiner stillen Schreibstube aus die auf und ab fluktuierenden Wogen des Geldmarktes beobachtet, der mit kühnem Arm das Schifflein der Statistik durch ein Meer von Zahlen hindurchsteuert und die Klippen und Brandungen durch seine scharfe Brille oft weit zuverlässiger und eher zu erkennen vermag, als der Mann der Praxis, der durch seine mehr oder minder vergrößernde Lupe seine Umgebung gar oft nicht nach den Dimensionen sicher abzuschätzen weiß. Wir haben es ja erst kürzlich erlebt: in diesen Tagen, wo selbst der verlorenste Gazettenschreiber seine Leser mit den neuesten Berichten über die „wirtschaftliche Krise" versorgt, wo unter der schweren Last eines unerhört hohen Bankdiskonts die Geldknappheit sich von Tag zu Tag drückender fühlbar macht, wo nicht nur irgendwo drüben „überm großen Teich", sondern im eigenen Lande eine Insolvenz die andere ablöst und eine Betriebseinstellung der anderen folgt, in diesen Tagen unterbreitet der Stahlwerksverband der staunenden Mitwelt einen Situationsbericht, der in eitel Lust und Zuversichtlichkeit schwimmt; von einem Abflauen der Konjunktur, geschweige denn von einer „Krisis" nicht die Spur! Auch diverse Industriegesellschaften behandelten letzthin in ihren Geschäftsberichten die augenblickliche schwierige Lage so nonchalant, als ob eine „Krisis", ein Umschlag der Konjunktur noch in weitem Felde stände.

Just zur selben Zeit erscheint der bekannte Publizist im Reichsamt des Innern, Herr Regierungsrat Martin, mit einem knapp 80 Seiten füllenden Bändchen, betitelt „Die wirtschaftliche Krisis der Gegenwart"*) auf dem Plan, derselbe Autor, der sich durch seine Schrift „Die Zukunft Rußlands" das Mißfallen hoher Regierungskreise zugezogen hat, derselbe, der erst vor kurzer Zeit durch sein Buch über „Kaiser Wilhelm und König Eduard" und durch eine Abhandlung über „Die Eroberung der Luft" von sich reden machte. Der Verfasser zweifelt selbst nicht daran, daß sich in der Presse Stimmen finden werden, die seine Erklärung der augenblicklichen Krisis aus seiner Parteinahme gegen die russischen Anleihen ableiten dürften. In der Tat wird man beim näheren Studium über eine solche Auffassung schwerlich hinwegkommen, um so weniger, als der Autor selbst ein förmlich erdrückendes Material zusammengetragen hat, um eine derartige Anschauung zu stützen.

Herr Martin bezeichnet als die primären Hauptursachen der gegenwärtigen Krisis die russische Katastrophe, die amerikanische Ueberspekulation und das Sinken der Transvaalwerte.

Seit dem Jahre 1903 hat nach dem Verfasser Westeuropa mindestens 8 Milliarden Franken durch den Kurssturz der in Westeuropa untergebrachten russischen Papiere in Höhe von 12 Milliarden Franken um ⅓ ihres Wertes verloren. Dazu komme, daß Westeuropa seit Ausbruch des japanischen Krieges 3,7 Milliarden Franken dem russischen Staat geliehen hat. Das Fehlen dieser 6,7 Milliarden Franken sei für Westeuropa um so schmerzlicher, als der wirtschaftliche Aufschwung der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels während der letzten Jahre ungewöhnlich große Kapitalien festgelegt hat, und daher eine sehr bedeutende Verminderung des flüssigen Kapitals nicht ertragen konnte. Die nun fehlenden 6,7 Milliarden Franken würden vollkommen hinreichen, um den gesamten Kurszettel zu heben und die wirtschaftliche Vorwärtsbewegung in das bisherige Tempo zu bringen. In der Tat, diese Deduktionen Martins sind bestechend. Die Welt hat sich nachgerade daran gewöhnt, dem russischen Staate das Geld zur Bezahlung der von Jahr zu Jahr anschwellenden Zinsen seiner stetig wachsenden Staatsschuld vorzustrecken. Der Dienst der russischen Staatsschuld erfordert zurzeit nicht weniger als 822,3 Millionen Mark jährlich. Diese Summe nimmt durch die fortgesetzten Anleihen ständig zu. Schon aus diesem Grunde haben die russischen Staatspapiere die Tendenz zu fallen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte sich nur dann finden, wenn Rußland ohne neue Anleihen dauernd seine Zinsen zu zahlen vermag und wenn die russischen Staatspapiere durch eine Gesundung des kranken Rußlands steigen würden. Aber unstreitig geht der Verfasser zu weit, wenn er behauptet, daß die Stärke und Dauer der gegenwärtigen Krisis und ihre Wiederkehr in Deutschland, in ganz Westeuropa, in Amerika und in der ganzen Welt abhängig sei von der Gesundung Rußlands. Was Herr Martin von Rußland behauptet, dasselbe könnte er mit dem gleichen Rechte von Japan anführen, das mehr als ein halbes Dutzend Kriegsanleihen ausgegeben und noch dazu schwere elementare Heimsuchungen, Ueberschwemmungen und Hungersnot, noch in diesem Jahre zu verzeichnen hatte. Im übrigen stehn die Termine, an denen Rußlands Zahlungsfähigkeit geprüft werden kann, vor der Tür: am 12. August 1908 hat die russische Regierung 150 Millionen Rubel Renteibillets einzulösen; am 14. Mai 1909 müssen 800 Millionen Franken Kroa. Schatzscheine, die seinerzeit in Paris untergebracht wurden, eingelöst werden; am 1. Juli 1911 muß Rußland die Berliner Anleihe des Jahres 1906 von einer halben Milliarde zurückzahlen! Herr Martin hat starke Zweifel, ob Rußland diese 1½ Milliarden Mark aufbringen kann; er beansprucht für seine Auffassung um so mehr Glauben, als er bereits im Jahre 1905 die Revolution und den Staatsbankrott in Rußland vorausgesagt habe. Nun, auf das Prophezeien möchten wir uns vorerst nicht einlassen, wenn wir auch dem Beispiel der „Nordd. Allg. Ztg." nicht folgen wollen, die seinerzeit Martins Ausführungen über Rußland als „abenteuerliche Prophezeiungen auf Grund haltloser Voraussetzungen" bezeichnet hat. Wir sind sogar der Ansicht, daß Herr Martin sich ein Verdienst erworben hat, als er vor 2 Jahren sich der Oeffnung des deutschen Marktes für die geplante russische Riesenanleihe widersetzte. Und man darf es dem ehrlichen Wollen des Verfassers zugute halten, wenn er neuerdings feierlich versichert, „er werde stets bestrebt sein, sich um ein Mandat für das preußische Abgeordnetenhaus und den deutschen Reichstag zu bemühen, um alle Attentate gegen das deutsche Nationalvermögen abzuwehren, um der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft billiges Geld zu verschaffen und um die finanzielle Mobilmachungsfähigkeit des Deutschen Reiches aufrecht zu erhalten und zu vermehren." Wohl dem, der das alles zuwege bringt!

Als die zweite Ursache der internationalen Krisis bezeichnet Herr Martin den schrankenlosen Optimismus, der den Amerikanern eigen ist. Die Amerikaner überschätzten nach ihrer Gewohnheit ihre eigenen finanziellen Kräfte und diejenigen Westeuropas. Noch in den ersten Monaten dieses Jahres hat Amerika noch Möglichkeit Geld aus Europa, besonders für den Bedarf der Eisenbahnen, herangezogen. In den letzten Jahren des Aufschwungs haben die Amerikaner ganz gewaltige Kapitalanlagen vorgenommen, und in Erwartung des Fortganges dieser Kapitalinvestierungen hat der Stahltrust und der Kupfertrust die Preise in die Höhe getrieben. Sobald sich jedoch im Laufe des Jahres 1907 herausstellte, daß die in den Vereinigten Staaten projektierten Eisenbahnen, deren Ausführung mindestens 15 Milliarden Franken fremden Geldes erfordert hätte, nicht gebaut werden konnten, war ein Sinken der von der Spekulation zu hoch geschraubten Rohmaterialien unvermeidlich. Es folgte zunächst ein gewaltiger Kupferkrach, der dann den Zusammenbruch der bekannten Bankinstitute und Truskkompagnien zur Folge hatte. Die starken Verluste, welche das europäische Kapital bei der großen amerikanischen Krise des Jahres 1893 erlitten hat, hätten, so meint Herr Martin, eine dauernde Warnung für die europäischen Kapitalbesitzer sein müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus gelangt er zu dem pyramidalen Lapidarsatz: „Amerikanische Eisenbahnpapiere und Aktien industrieller Unternehmungen darf man nur in einer Zeit der Krisis kaufen, wenn sie ganz tief stehen, wie z. B. in der Gegenwart." Soll dieses Prinzip überhaupt Geltung haben, dann dürfte derselbe Standpunkt schlechthin auch gegenüber anderen ausländischen Papieren, ja schließlich bei allen Wertpapieren des In- und Auslandes zutreffen. Den „unbegrenzten Möglichkeiten" in Amerika stehen eben die „begrenzten" in den übrigen Ländern des Erdballs gegenüber, was ja so ziemlich auf ein und dasselbe herauskommt.

Die dritte Ursache der Krisis der Gegenwart sieht Herr Martin in dem Sinken der Goldshares und anderer Papiere in Südafrika. Seit Ende 1904 hat das gesamte in Transvaal investierte Kapital eine ungeheure Einbuße erlitten, eine Verminderung, die in der Zeit vom 31. Dezember 1904 bis zum selben Zeitpunkt 1906 mit rund 2,8 Milliarden Mark beziffert wird; Deutschland dürfte an diesem Verlust mit etwa 200 Millionen Mark beteiligt sein. Durch das Sinken der amerikanischen Papiere seit dem März 1907 an der Berliner wie an der New Yorker Börse ist ein weiterer Verlust für die deutsche Volkswirtschaft entstanden, der mehr als 100 Millionen Mark betragen dürfte. Die Konsumtionsfähigkeit der deutschen Nation und die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes haben also durch Rußland, Amerika und Südafrika erheblich gelitten. Der Verfasser hätte dabei vielleicht auch auf die kolossalen Verluste der Wertpapierbesitzer an der heimischen Kaliindustrie und den bedenklichen Kursstand unserer gering verzinslichen deutschen Staatspapiere hinweisen können. Gerade der hohe Zinsfuß der letzten russischen Anleihen war ja der Hauptanreiz für die Welt der Kapitalisten. Immerhin ist unseres Erachtens nicht zu vergessen, daß gerade die Kursverluste weiterhin eine Folge der Geldknappheit sind, so daß man diese Einbußen eigentlich nicht als „Ursachen" der Geldknappheit bezeichnen dürfte. Die südafrikanischen Papiere z. B. sind gesunken, trotz steigender Produktion und steigender Dividende der Goldgruben. Die „Krisis", der Rückschlag in der Konjunktur, folgt eben nach den bisherigen Erfahrungen regelmäßig auf etwa 5 bis 7 Jahre Hochkonjunktur. Die in den Jahren der Hochkonjunktur erfolgende Festlegung von Kapitalien bedingt naturgemäß einen zunehmenden Mangel an Kapital und erst in weiterer Folge stellt sich dann ein Mangel an Geld, eine Geldknappheit ein, die wiederum an den Börsen starkes Angebot bei schwacher Nachfrage und daraus resultierend mehr oder minder starke Kurseinbußen mit sich bringt. Gegen den Mangel an Kapital läßt sich natürlich nichts tun. Aber dem Mangel an Umlaufsmitteln kann gesteuert werden, worauf übrigens auch Herr Martin hinweist. Bezüglich der Kursverluste darf ferner nicht außer Acht gelassen werden, daß diese für den Wertpapierbesitzer, der seine Effekten durchhält, bis wieder eine Kursbesserung eintritt, einen tatsächlichen „Verlust" nicht involvieren. Aus diesem Grunde schon erscheint es uns nicht angängig, wenn Herr Martin z. B. bei der russischen Anleihe einfach aus der Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Kursstand seine Millionenverluste herausrechnet und diese Einbuße für die augenblickliche Geldknappheit mit verantwortlich macht. Hier zeigt sich wieder einmal der Fall, daß der Theoretiker die Erfahrungen der Praxis nicht genügend zu würdigen weiß.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß die Geldknappheit und Kreditbeschränkung wie in Amerika so auch in Westeuropa noch Bankrotte über Bankrotte zur Folge haben dürfte. Aber das Bewußtsein und die Zuversicht, daß wir nach Ueberwindung dieser Geldknappheit schon in 2—3 Jahren einem großen wirtschaftlichen Aufschwung entgegengehen, werde das allgemeine Mißtrauen mindern. Seit dem Aufkommen der Motorluftschiffahrt habe jede Großmacht die Neigung verloren, die plötzlich viel ungewisser gewordenen Chancen eines Krieges auf sich zu nehmen. Und so sagt Martin auf die gegenwärtige Baisse eine Hausse voraus, wie sie die Wirtschaftsgeschichte noch nie gesehen hat. Er verweist dabei auf die große Umwälzung, welche die Motorluftschiffahrt schon in der nächsten Zeit hervorbringen werde und glaubt, daß in den nächsten 20 Jahren viele Milliarden Mark in Luftfahrzeugen aller Art, Luftschiffhäfen, Fabriken für den Bau von Luftfahrzeugen und Motoren werden angelegt werden. Der gesamte Handel werde einen großen Aufschwung nehmen; ganz Afrika werde in wenig Jahren vollkommen erschlossen werden; die europäischen Industrien werden für alle ihre Erzeugnisse ein größeres Absatzgebiet haben. Sollte aber die Geldnot in Deutschland noch zunehmen oder längere Zeit anhalten, so würde es nach dem Verfasser genügen, wenn die 900 Millionen Mark, welche in den Jahren 1902 und 1903 nach Rußland gewandert sind, vorläufig von Reichs wegen durch Inanspruchnahme des Kredits dem flüssigen Kapital der Nation wieder zugeführt würden. Dieser Vorschlag Martins hat gewiß viel für sich, aber es fragt sich nur, ob er damit an den maßgebenden Stellen Gegenliebe finden wird. Herr Martin selbst scheint wenig Zutrauen zu haben; denn er läßt es dahingestellt, „ob unser wirtschaftliches und politisches Leben noch gesund genug ist, um denjenigen Männern den notwendigen Einfluß zu verschaffen, die das nationale und soziale Interesse der deutschen Nation gegen die Machtmittel des russischen Staates verteidigen wollen". Das bezieht sich offenbar auf diejenige höhere Stelle, die gegen die antirussische Propaganda des Autors einschreiten zu müssen glaubte. Ob man das heute noch für tunlich hält?

*) Leipzig, Verlag von Dr. Werner Klinkhardt. Preis 1 M.

Spionagegeschichten.

Bei dem Worte Spion bekommt der ehrliche Christenmensch eine Gänsehaut. Visionär erscheinen ihm die unerläßlichen Attribute der Spionage. Ein richtiger Spion ist immer verliebter, schleicht im schaurigen Dunkel der Nacht, bis an die Zähne bewaffnet, auf Gummisohlen umher und wird verachtet oder gefeiert, je nachdem er die Geheimnisse seines eigenen oder eines fremden Landes verrät. Auch ein wenig Romantik gehört dazu, deren Nachempfinden freilich bei näherem Zusehen schon einer gewissen geistigen Anormalität bedarf. Und als Triebfeder wirkt meistens ein in Aussicht stehender Batzen Geld. Nicht immer freilich. Besonders im Kriege, wenn die Spionage am üppigsten gedeiht, aber auch, unter dem Standrecht, am lebensgefährlichsten ist, wird heutigen Tags noch aus Patriotismus, Pflichtgefühl oder Ehrgeiz spioniert. Und manch einer, der aus einem Feldzug nicht Heimgekehrten, der Verschollenen, mag dem Spruche eines Standgerichts zum Opfer gefallen sein.

Die militärische Spionage gehört zu den Uebeln, die unausrottbar scheinen, auch zu denen, die den jenseits von Gut und Böse liegenden Teil der Staatsräson illustrieren. Für den von Bismarck verpönten politisierenden Landpastor ist die Lösung dieses Problems natürlich sehr einfach. Spionieren ist unmoralisch, also unzulässig. Nur kehrt sich kein Staat daran. Und gerade in unseren Tagen häufen sich wieder einmal die Spionagegeschichten. Die jüngste ist die des französischen Schiffsfähnrichs Ullmo, der Morphinist oder Opiumist sein will und für seinen geplanten oder vollbrachten Verrat seiner Geheimnisse sich also den Milderungsgrund des Rausches sichern möchte. Zum Unterschiede von der Dreyfusaffäre, an der sich die Franzosen gründlich den Magen verdorben haben, wird diesmal die Angelegenheit verhältnismäßig nüchtern und geschäftsmäßig behandelt. Dieser Ullmo ist ja auch der reine Dilettant im Spionieren. Schreibt Briefe an den deutschen Marineattaché in Paris, als wenn er noch nie etwas von einem schwarzen Kabinett gehört hätte, und fordert Summen wie ein russischer Armelieferant. Die Franzosen können wirklich mit Herrn Ullmo keinen Staat machen. Und wenn sie die Geschmacklosigkeit doch noch so weit treiben sollten, Deutschland als schwarzes Tier hinzustellen, das die unschuldige Seele dieses Musterfähnrichs verführt habe, so braucht man wohl nur an die zahlreichen Reichsgerichtsspionageprozesse zu erinnern, bei denen Franzosen oder französische Agenten als Leidtragende fungierten. Zum Beispiel an die drei französischen Offiziere, die der Spionage überführt und vom Kaiser nach kurzer Haft begnadigt wurden. Im Spionieren wird eben überall gesündigt, weshalb das Schimpfen auf die andern immer pharisäisch anmutet.

Man läßt beim Betrachten dieser Dinge die Moral am besten ganz beiseite und hält sich an die Realitäten. Aber auch dann kann man sehr wohl zu der Vermutung kommen, daß hier, im Frieden wenigstens, ein Beispiel traditioneller und sehr gefährlicher Kraftvergeudung vorliegt. Früher lagen die Verhältnisse völlig anders. Es mangelte die Nachrichtenübermittelung durch Telegraph und Presse, es fehlte die intime Kenntnis des nachbarlichen Lebens, und daher mochte es wohl manchmal nützlich und der Mühe wert sein, sich durch Spione über die kriegerischen Absichten und Rüstungen informieren zu lassen. Trotzdem kann man behaupten, daß nur sehr, sehr selten eine so erworbene Kenntnis zu der Entscheidung einer Schlacht oder gar eines Krieges wesentlich beigetragen hat. Das Beste haben doch immer der Wert und die Führung der eigenen Truppen leisten müssen. Und wo die minderwertig waren, haben auch die besten Spione nichts genützt. Aber was können uns heute Spione viel verraten? Das Meiste und Wichtigste wissen wir doch ohne sie. Die parlamentarische Budgetbewilligung informiert unsere Militärs besser, als das der schlauste Spion könnte. Wir kennen die feindliche Truppenstärke, die Garnisonen, die Festungen, die befestigten Lager, die Waffen, die Munition. Und von uns wissen die lieben Nachbarn dasselbe ebenso genau. Den Botschaften oder Gesandtschaften sind militärische Sachverständige zugeteilt, die in den Manövern die Taktik, den Geist der fremden Truppen beobachten. Und wenn sie sehen gelernt haben, werden sie uns mehr und Wertvolleres zu melden wissen, als alle Spione zusammengenommen. Selbst von einem Verrat der strategischen Pläne eines Landes ist nicht gar so viel zu erwarten. Es kommt nämlich doch immer alles anders. Und wehe dem Heere, das nicht nach freien Entschlüssen, gefaßt nach den Verhältnissen des kriegerischen Moments, geführt wird, sondern in bloßer Abhängigkeit von verratenen Plänen des Gegners, die vielleicht inzwischen längst verändert worden sind. Details können die armen Schächer höchstens liefern, Bagatellen, die vielleicht dem Fachmann interessant sind, aber uns auch nicht einen Pfifferling nützen, wenn unsere Waffe selbst nichts taugt. Trotzdem kann man wohl verstehen, wenn keine militärische Großmacht es bis jetzt über sich gewonnen hat, ganz auf das Informationsmittel der Spionage zu verzichten. Zu viel steht auf dem Spiele, wenn die eisernen Würfel fallen, als daß es eine Staatsleitung vor sich und der Nation leichten Herzens verantworten möchte, nicht alle Chancen rücksichtslos genützt zu haben.

Aber es bleibt zu bedenken, daß Spionageaffären immer aufreizend auf die sich blamiert fühlende Nation wirken. Sie sind eine der vielen Erscheinungen des internationalen Lebens, die dem Frieden systematisch entgegenarbeiten, die Annäherungen zwischen Völkern hintertreiben, die verhetzen. Sie sind eine ewige Kriegsgefahr. Der klassische Dreyfusfall ist auch dafür vorbildlich. Und schon aus diesem Grunde wäre es wohl erwägenswert, ob man nicht auf das Spionieren grundsätzlich verzichten sollte. Natürlich müßte das allseitig geschehen, denn die Aufdeckung einer einzigen Spionenaffäre würde sofort den ganzen internationalen Apparat wieder erstehen lassen. Aber wozu ist denn das Haager Schieds- und Friedensgericht da? Leider ist auf diese Institution zarischer Initiative wenig Hoffnung zu setzen in diesem Falle, denn der Erörterung steht schon der eine Grund im Wege, daß keine einzige Regierung offiziell zugeben wird, sie besolde Spione. Das ist nicht Scham, sondern Klugheit und Vorsicht, denn das offene Eingeständnis der Spionage würde von allen anderen mit einem Entrüstungsrummel ohnegleichen beantwortet werden. Obwohl jeder vom anderen weiß, daß er sündigt, gehört es zu den wohlerwogenen diplomatischen Usancen, so zu tun, als ahne man nicht das Geringste. Denn nur auf diesem Wege ist ein diplomatischer Verkehr überhaupt möglich. Also ist zu vermuten, daß auf eine internationale Abschaffung der Spionage durch Vertrag nicht zu rechnen ist. Und nebenbei: so ganz sicher wäre die Ausrottung des Uebels auch nach einem entsprechenden Haager Beschluß noch nicht.

Vielleicht kann man von der immer weiter gesteigerten Parlamentarisierung des Regimes einiges erwarten. Denn die Spionage ist ein unmodernes Kampfmittel, sie ist so recht ein Attribut des Absolutismus, ein dunkles Gewerbe. Und die Spionage ist an dem Tage so gut wie tot, an dem die Parlamente keine Gelder für geheime Fonds mehr bewilligen. Möglich ist ihre Abschaffung also schon. Aber ob wir es erleben werden? Inzwischen dünkt es uns Pflicht, bei den verschiedenen Enthüllungsaffären, diesen unvermeidlichen Begleiterscheinungen des ganzen Systems, ruhig Blut zu bewahren und immer der Wahrheit des Spruches eingedenk zu sein: peccatur extra muros et intra.

Deutsches Reich.

Leipzig, 20. November.

* **Vatikan und Deutschland.** Aus Rom wird geschrieben: Die jüngsten Ausführungen einer Berliner Zeitung über die Entsendung des Frhrn. v. Rotenhan durch Herrn v. Mühlberg, die in der ganzen italienischen Presse abgedruckt sind, machten auch in kirchlichen Kreisen Eindruck. Seit dem Echec mit dem Septennat hütet sich der Vatikan, das Zentrum politisch zu beeinflussen. Dagegen wird zugegeben, daß beim Bruche des Vatikans mit Frankreich Rotenhan energischer hätte auf-